

HANSER



Leseprobe

Hanno Beck, Aloys Prinz

Zahlungsbefehl

Von Mord-Steuern, Karussell-Geschäften und Millionärs-Oasen

ISBN: 978-3-446-42343-5

Weitere Informationen oder Bestellungen unter

<http://www.hanser.de/978-3-446-42343-5>

sowie im Buchhandel.

1 | **Zahltag oder: Auf dem Weg in den Steuerstaat**

| **Ein ganz besonderer Tag**

Der 14. Juli 2009 war ein besonderer Tag in Deutschland. Als die Uhren in den Büros, Amtsstuben, Wohnzimmern und Werkstätten des Landes 8.42 Uhr anzeigten, war es so weit: Das ganze Jahr, vom 1. Januar, null Uhr bis zu diesem 14. Juli, 8.42 Uhr hatten die deutschen Sachbearbeiter, Beamten, Selbständigen, Handwerker und alle anderen Werkträgigen gearbeitet, ohne dafür einen einzigen Cent zu sehen. Erst als die Ziffernblätter und Digitalanzeigen 8.43 Uhr anzeigten, begannen die Deutschen, auf eigene Rechnung zu arbeiten – von nun an sollte bis zum Rest des Jahres alles Geld, das sie verdienen, ihnen gehören.

„Steuerzahler-Gedenktag“ nennt der Bund der Steuerzahler diesen besonderen Tag: Mithilfe von volkswirtschaftlichen Statistiken lässt sich ausrechnen, wie viel der Staat vom Einkommen der Bürger und Unternehmen über Steuern und Sozialabgaben rein rechnerisch einbehält. Für das Jahr 2009 waren das 53,3 Prozent – mehr als die Hälfte der Einkommen seiner Bürger steckt der Staat ein. Mithilfe dieser Quote lässt sich der 14. Juli, 8.42 Uhr, als derjenige Zeitpunkt berechnen, bis zu dem die Steuer- und Abgabenzahler für den Staat arbeiten müssen – dann sind genau 53,3 Prozent des Jahres vorüber. Und dieser Tag ist der Steuerzahler-Gedenktag – ab diesem Tag arbeiten die Deutschen rein rechnerisch für die eigene Tasche. Von jedem Euro, den der Bürger verdient, bleiben ihm am Ende des Tages 46,7 Cent – demgegenüber fallen 20,6 Cent für Rente, Gesundheit, Arbeitslosigkeit und Pflege, 10,8 Cent für Lohn- und Einkommensteuer, 7,2 Cent für Mehrwertsteuer und 14,7 Cent für sonstige Steuern an. Kein Wunder, dass der Steuerzahler-Gedenktag erst im Juli ist.

Noch im Vorjahr lag der Steuerzahler-Gedenktag ganze sechs Tage früher, gegenüber dem Vorjahr mussten die Deutschen also rund eine Woche länger für den Staat arbeiten. Das wird sich in den kommen-

den Jahren nicht ändern – der Steuerzahler-Gedenktag dürfte kaum noch am 14. Juli stattfinden, die ein oder andere Woche wird sich dazugesellen, um den exzessiven Mittelbedarf des Staates zu stillen, der seit dem Jahr 2008 mit der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte zu kämpfen hat. Milliarden Euros für die Banken, Milliarden Euros dafür, dass Bürger ihre Autos zerstören, Geld für Kurzarbeit, für Arbeitslose – mit beiden Händen haben Politiker in den vergangenen 18 Monaten das Geld rausgeworfen und die Staatsverschuldung auf neue Rekordhöhen getrieben. Dass die Finanzkrise mitten in ein Wahljahr hineinplatzte, war dabei wenig hilfreich. All diese Ausgabenexzesse müssen bezahlt werden, und dies wird über Steuern geschehen. Angesichts der enormen Belastungen, die auf die Deutschen zukommen, dürfte der Steuerzahler-Gedenktag in nicht allzu ferner Zukunft weiter in Richtung Herbst wandern. Offen ist lediglich die Frage, wie man die Steuerzahlergans mit möglichst wenig Geschrei rupft.

Doch es sind nicht nur die enormen Belastungen, die den Bürgern Kopfschmerzen mit dem Finanzamt bereiten: Das deutsche Steuersystem ist längst aus dem Ruder gelaufen, es ist in einem beklagenswerten Zustand – wäre es ein Gebäude, würde man es wegen Baufälligkeit schließen und abreißen. Im weltweiten Vergleich ist das deutsche Steuersystem weit abgeschlagen, der *Global Competitiveness Report 2009–2010* des World Economic Forum sieht das deutsche Steuersystem, was Ausmaß und der Auswirkungen der (Unternehmens-)Besteuerung angeht, auf Platz 106 von 133 Ländern. Das deutsche Steuerrecht ist hochgradig widersprüchlich, inkonsistent, intransparent und teuer. Haushalte und Unternehmen wissen ebenso wenig wie deren Steuerberater, wie hoch der Steuerbescheid ausfallen wird – Profis sagen, dass die Höhe des Steuerbescheids auch davon abhängt, bei welchem Finanzamt man seine Steuererklärung einreicht und mit welchem Fuß der Sachbearbeiter morgens aufgestanden ist. Konsistenz und Transparenz sehen anders aus.

Diese Irrungen und Wirrungen des deutschen Steuerrechts setzen sich auch auf internationaler Ebene fort: Die Ökonomen Wolfgang Kessler und Christoph Spengel haben in einer Checkliste alle Regelungen des deutschen direkten Steuerrechts zusammengestellt, die potenziell rechtswidrig sind, da sie sich nicht mit dem Europarecht

vertragen. Die Liste der potenziell EG-rechtswidrigen Normen des deutschen direkten Steuerrechts umfasst sage und schreibe 47 Seiten – 47 Seiten Verwirrung, Unklarheiten und Rechtsstreitigkeiten, mehr als 250 Regelungen des deutschen Steuerrechts, von denen keiner sagen kann, ob sie rechtens sind und wie lange sie noch Bestand haben werden. Das deutsche Steuerrecht ist längst ein Steuerrecht auf Widerruf – nahezu jede Steuererklärung ist anfechtbar, immer mehr Steuerbescheide sind mit einem Vorläufigkeitsvermerk versehen oder werden angefochten.

Ein solches undurchsichtiges Steuersystem zerstört die Solidarität der Bürger: Mit der Systematik und der Übersichtlichkeit ist dem deutschen Steuerzahler jede Hoffnung geraubt, dass seine Steuern fair und gerecht sind – was er zahlt, bestimmt sich weniger durch Leistungsfähigkeit oder Inanspruchnahme staatlicher Leistungen, sondern nach der Güte des Steuerberaters oder Lohnsteuerhilfevereins, nach dem Amtssitz des zuständigen Finanzamtes, nach vielen anderen Kriterien, die nichts mit Fairness oder Gerechtigkeit zu tun haben. Besserung ist nicht in Sicht: Bisher ist jeder Ansatz zu einer Reform des Steuerrechts, jeder Versuch, es zu entschlacken und zu vereinfachen, zwischen den Mühlsteinen des parlamentarischen Betriebs pulverisiert worden. Ob der merzsche Bierdeckel oder die Kirchhof-Ideen – jeglicher Reformeifer und -wille ist an den Klippen des politischen Betriebs mit seiner unbarmherzigen Logik versteckter Wahlgeschenke zerschellt. Nichts wollen Politiker weniger als einfache und transparente Steuersysteme, die sie daran hindern, versteckte Wahlgeschenke an ihre Klientel zu verteilen.

Sind das die Aussichten für die kommenden Jahre und Jahrzehnte? Eine steigende Steuerrechnung, immer höhere Abgaben, immer undurchsichtigere Gesetze und Regelungen, die der Steuerberater nur noch mit Mühe, der Steuerzahler gar nicht mehr versteht; Steuern, die unfair und ungerecht sind? Vor der Politik liegt ein unüberwindlicher Berg von Gesetzesänderungen, Reformen, Anpassungen, Prozessen und Gerichtsentscheiden, vor den Bürgern liegen Jahre, in denen vom Brutto immer weniger Netto übrig bleibt. Kein Wunder, dass die Deutschen zur Selbsthilfe greifen und sich einem Volkssport hingeben, der so alt ist wie die Steuer selbst: Sie schummeln bei der Steuererklärung, was das Zeug hält. Wer es damit übertreibt, bekommt

4 | 1 Zahltag oder: Auf dem Weg in den Steuerstaat

Besuch zur Morgenzeit – so wie einer der einstmals mächtigsten und prominentesten Unternehmenslenker Deutschlands, den die Steuerfahndung vor die Kameras der Republik zerzte.

2 | Steuerbetrug als Volkssport

„Man kann nicht zugleich besteuern und geliebt werden.“

Elisabeth I. von England

| **Così fan tutte – so machen es alle**

Die Fahnder kamen im Morgengrauen, um kurz vor sieben, klingelten und machten kurzen Prozess. Am Ende der Blitzaktion standen Bilder, die bis in den letzten Winkel der Republik flimmerten: Klaus Zumwinkel, Chef der Deutschen Post, Aufsichtsrat in mehreren großen deutschen Unternehmen und einer der mächtigsten Wirtschaftsbesitzer der Republik, steigt ins Auto der Steuerfahnder und wird zum Verhör gefahren. Ein tiefer Fall, vom Vorzeigemanager zum prominentesten Steuersünder Deutschlands, der mit Schimpf und Schande durch die Medienlandschaft gejagt wird.

Später wunderte man sich, dass die Medien zeitig vor Ort waren, um die besagten Bilder zu schießen – reiner Zufall, eine unvermeidliche Panne, ein Informationsleck bei den Steuerbehörden? Möglicherweise nicht, denn die plakativen Bilder vom Post-Chef im Schwitzkasten der Steuerfahnder erfüllten – so ganz nebenbei – einen pädagogischen und politischen Zweck: Sie waren eine deutliche Drohung an alle tatsächlichen und potenziellen Steuersünder, und sie zeigten dem gemeinen Wahlvolk, dass der Arm der Steuerfahndung auch nicht vor großen Tieren Halt macht. Dass im Zuge des Zumwinkel-Steuerskandals und unter dem Eindruck solcher Bilder viele reuige Steuersünder ihr Gewissen entdeckten und Selbstanzeige erstatteten, war natürlich unbeabsichtigt – aber hochwillkommen.

Dabei ist Klaus Zumwinkel, dem man vorwirft, er habe Millionen am Finanzamt vorbeigeschleust, in bester Gesellschaft: Die Steuergeschichten und -prozesse von Deutschlands Prominenz füllen meterweise Regale mit Gerichtsakten. Da ist beispielsweise Peter Graf, der Vater der ehemaligen Weltklasse-Tennispielerin Steffi Graf, der